

Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Redaktionsamt
Kriegsplatz Nr. 21
Dresden 1802

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen bestellbar bestimmte Blatt.

Verlagsamt
Dresden 1802
Kriegsplatz
Riesa Nr. 21

Nr. 21.

Dienstag, 26. Januar 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Postgebühren, durch Postweg 2 Mark 20 Pfennig. Besteller (siehe Aufstellungsschein). Für den Fall des Austritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Preise und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Stellen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 2 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 2 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; je länger und höherer Satz 50%, Aufschlag. Große Schrift. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfehlt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Geschäftsbedingungen siehe. Wichtigste Anzeigungsverträge. Mitglieder an der Spitze. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Distribution oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Druckort und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Deutsches Kreditabkommen 1932.

Kurzkredite und Reparationen.

Das neue Abkommen mit den Auslandsgläubigern heißt amtlich „Deutsches Kreditabkommen 1932“. Bei ihm handelt es sich um die faktische Summe von 5,5 Milliarden, nämlich 2 Milliarden unmittelbarer Kredite an Industrie und Handel, etwas mehr als 2 Milliarden Rembourstkredite und 1,3 Milliarden Barvorschüsse an deutsche Banken. Seit dem Herbst 1930 haben wir somit insgesamt über 5 Milliarden Mark der uns gewährten Kurzkredite an das Ausland zurückbezahlt. Kein Wunder, daß unsere Devisenreserven so sehr erschöpft sind.

Steht man sich das neue Abkommen näher an, prüft man gleichzeitig den Bericht, den die Finanzfachverbände ihm beigefügt und nimmt man schließlich die Abschiedsbotschaft Albert Wiggins zur Kenntnis, dann muß man feststellen, daß eine endgültige Konsolidierung der Schulden der Kurzkredite, wie sie von den deutschen Unterhändlern angestrebt wurde, nicht zu erzielen war. Aber ein bescheidener Anfang ist doch zu verzeichnen. Rund 15 Prozent der Barvorschüsse werden auf eine amerikanische Anleihe hin durch einen besonderen Trust in Besitznahme verwandelt, die innerhalb von 10 Jahren mit 6 Prozent zu verzinsen und zu amortisieren sind. Wenn man also tiefer hinsieht, sind diese Kurzkredite bereits zu einer langfristigen Kreditform umgewandelt.

Vornehmlich ist es ein unentbehrlicher Fortschritt, daß der letzte Wiggins-Ausschuß auf die Aufbringung fester Abschlagsraten verzichtete. Erst nach schwerem Ringen entschlossen sich die Amerikaner, von ihrem ursprünglichen Plane fester und jährlicher Rückzahlungen Abstand zu nehmen. Sie waren schon leichter dafür zu gewinnen, daß dem neuen Abkommen eine Klausel beigefügt wurde, die einen weitgehenden Transferschutz enthält. Dafür setzen sie aber durch, daß ein feststehender Ausschuss der Gläubigerbanken zusammen mit der Reichsbank und den deutschen Banken die Rückzahlungsmöglichkeiten der gestundeten Kurzkredite untersucht.

Dies beginnen schon die Dpfer, ohne die es auch diesmal nicht abging. Sie erstrecken sich weiterhin auf die Forderung und die Kontrolle, die jetzt für die auswärtigen Gläubigerbanken so großzügig gewährt wurde, wie sie bisher nur die deutschen Banken besaßen. Auch eine Folge der Bankentzweiflung der letzten Monate!

Sehr aufschlußreich ist der Bericht der Gläubigerbanken. Wenn diese klare und eindeutige Sprache lebensschaltender Geschäftsleute und ihr eindringlicher Appell an die Regierungen, endlich die politischen Demurrans zu beseitigen, schreibt das Kanzlerorgan, die einem Wiederanstieg der Wirtschaft der ganzen Welt entgegenstehen, noch immer nicht verstanden wird, dann allerdings muß man daran verzweifeln, daß überhaupt noch einmal die Vernunft in die Regelung der internationalen Beziehungen einzieht. Geben wir bis zum Beweis des Gegenteils die Hoffnung nicht auf.

Es ist selbstverständlich, daß die Auslandsgläubiger in ihrem Bericht zu der viel umstrittenen Frage der Priorität der Reparationen oder der Schuldenzahlungen, den Kurzkrediten den Vorrang einräumt. Das neue Abkommen enthält gerade in dieser Hinsicht eine sehr wichtige Klausel. Ergeben sich nämlich in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht demnach internationale Veränderungen, durch die das neue Abkommen gefährdet wird, so sind die Gläubiger berechtigt, es sofort zu kündigen. Man kann eben den deutschen Kreditgebern nicht zumuten, weiterhin stillzuschauen, wenn durch etwaige neu erzwungene Reparationszahlungen die deutsche Finanzlage sofort und wesentlich verschlechtert würde. Der Wink an Frankreich ist deutlich genug. Man kann auch hoffen, daß er in Paris verstanden wird. Solange das Problem der kurzfristigen Auslandsschulden nicht gelöst ist und in der Schwebe bleibt, wie das „deutsche Kreditabkommen 1932“ besteht, ist das deutsche Reich außerstande, weitere Reparationszahlungen zu leisten.

Der italienische Ministerpräsident Mussolini hat vollkommen recht, wenn er erklärt: „Das Jahr 1932 gibt uns weniger als nichts.“ Denn nachdem selbst bisher Deutschland seine Reparationsverpflichtungen nur mit geborgtem Gelde erfüllt hat, wird es nicht in der Lage sein, seine nächsten Jahreszahlungen zu entrichten, da seine Konstitution in Handel und Finanzen entkräftet ist. Das Ende des Hoover-Moratoriums wird es notwendig machen, andere stabilere und langfristige Maßnahmen zu treffen. Die Reparationsfrage bedarf einer neuen Prüfung und einer neuen Lösung. Die Welt kann auf diesem Wirtschaftsgebiet nicht Jahr für Jahr nur schrittweise weiterkommen.

Das ist vollkommen richtig gesehen. Wenn es den Franzosen auch jetzt gefällt ist, die Reparationskonferenz von Duchau-Pauanne zu torpedieren, so weiß man doch auch in Paris, daß sich die am Reparationsproblem interessierten Mächte schon sehr bald um eine neue Lösung dieser Frage bemühen müssen, denn alle Welt weiß, daß am letzten Juni das Hooverjahr abläuft und unmittelbar darauf die deutsche Reichsregierung, wie immer sie auch heißen mag, die Reparationszahlungen aus dem Young-Plan bestimmt nicht aufnehmen wird. Wenn auch bisher eine Verständigung zwischen den Kabinetten noch nicht erzielt war, so sind doch starke Kräfte in Berlin, London und Rom am Werke, um auch Paris zu den Verhandlungen zu bringen.

Französisch-englische Besprechungen in Paris.

Paris. Am Dual d'Orsay fand gestern eine längere Besprechung statt, an der u. a. Laval, Flandin und Philippe Berthelot sowie der englische Botschafter in Paris Lord Tyrrell teilnahmen. Ueber diese Unterredung ist ein Communiqué nicht ausgegeben worden, doch bezeichnet Laval es als wahrscheinlich, daß das Reparationsproblem besprochen worden ist, und daß die französischen Vertreter dem englischen Botschafter den französischen Standpunkt über das gegenüber Deutschland einzuschlagende Verfahren präzisieren. Laval ist der Ansicht, daß eine Verständigung zwischen Frankreich und England im Bereich der Wahrscheinlichkeit liege, so daß nur noch Ort und Zeit der Begegnung zwischen Laval und MacDonald festzusetzen sein würden.

London. Die Tributverhandlungen wurden am Montag abend in diplomatischen Kreisen durchaus pessimistisch beurteilt. Die Hoffnung, daß am Montag die Entscheidung über das Zusammenreffen Laval-MacDonald fallen würde, hat sich nicht erfüllt. Die pessimistische Stimmung ist das Ergebnis der anscheinend negativ verlaufenen Unterredung zwischen Laval und dem englischen Botschafter in Paris Lord Tyrrell.

Seit der letzten Unterredung des deutschen Botschafters Freiherrn von Neurath mit dem Unterstaatssekretär Bassett am vergangenen Freitag ist die englische Regierung nicht wieder mit neuen Vorschlägen an die deutsche Botschaft herantreten. Das Schwergewicht der Verhandlungen liegt jetzt vielmehr in der Aussprache mit Paris. Hierbei hat die englische Regierung erneut zum Ausdruck gebracht, daß sie die Tributkonferenz für wünschenswert hält, deren Ziel eine möglichst endgültige Regelung der Tributfrage sein müßte. Mit diesen Gedanken hat sich, soweit in London verlautet, Laval noch nicht einverstanden erklärt.

In Berliner politischen Kreisen verfolgt man nach unseren Informationen mit gespannter Aufmerksamkeit den Fortgang der englisch-französischen Aussprache über das

Reparationsproblem. Die Sehnsucht der Welt nach einer friedlichen Lösung drückt sich in den optimistischen Meldungen aus, die immer wieder in der Presse aller Länder auftauchen und die jetzt das Heil von einer Zusammenkunft zwischen MacDonald und Laval erwarten. Da sie wirklich das vernünftigste wäre, hat man sofort auch den deutschen Reichskanzler mit dieser Besprechung in Verbindung gebracht und von einer Drei-Männer-Konferenz in einem Badeort der französischen Küste geredet. Leider mit Unrecht! Bis zu einer derartigen Konferenz ist der Weg noch weit. Selbst die Aussprache Laval-MacDonald ist bis zu dieser Stunde noch nicht gefestigt. In der französischen Presse wird inzwischen die Diskussion über die Möglichkeit von Sanktionen gegenüber Deutschland boulevardestrig fortgeführt. Die neueste Drohung richtet sich gegen das Saargebiet. Man will es als Pfand behalten, die Volksabstimmung von 1935 verschoben und so für die ausfallenden Reparationszahlungen einen realen Ersatz erobern. Gedanken, die man in Berlin vorläufig nicht ernst nimmt, weil sie der Torheit letzter Schluss wären. Man verweist gegenüber derartigen Drohungen auf neue Darlegungen Sir Langtons, der nüchtern und kühl seitens der Rückgang des Außenhandels in Amerika, Frankreich und England innerhalb eines einzigen Jahres wegt ungefähr zwölfmal die Zahlungen auf, die Deutschlands Reparationsleistungen an diese drei Länder ausmachen. Diese wirtschaftlichen Argumente dürften wahrscheinlich auch auf die französische Regierung größeren Eindruck machen, als das Gegenteil, das mit amtlicher Unterstützung gegenwärtig aus den französischen Blättern ertönt. Gewisse Verständigungsmöglichkeiten verspricht man sich von den Genfer Völkerbunds- und Abrüstungsverhandlungen. Die geplante Reise Staatssekretärs Bülow nach Genf kann am mindesten nichts auf Deutschlands besonderem Interesse an dem manchesterischen Konflikt erklärt werden. Die Genfer Hotelzimmer und die Wandelgänge des Völkerbundspalastes werden in einem gewissen Sinne als Noterhof für die verhinderte offizielle Verhandlung von Lausanne dienen.

Aus dem Bericht des Stillhalteauschusses.

Die ausländischen Gläubiger bestätigen die deutsche Auffassung.

(Fortsetzung.)

Berlin. Es liegt auf der Hand, so führt der Bericht weiter aus, daß eine Regelung der internationalen Zahlungen Deutschlands, die jetzt den Gegenstand von Erörterungen der Regierungen bilden, ein ausschlaggebender Faktor in diesem Problem ist. Das gleiche gilt von den interalliierten Schulden, die mit den Reparationen in intimen Zusammenhang stehen. Aber diese Fragen können, obwohl sie den privaten Kredit stark berühren, nicht von Bankiers gelöst werden. Der Ausschuss kann nur wiederholen, daß er sich alle Ausführungen der beiden Botschafter über die Fragen zu eigen macht.

Der Bericht erklärt in unmittelbarem Anschluß hieran: Zum Schluß möchte der Ausschuss darauf hinweisen, daß das gesamte internationale Kreditgebäude im wesentlichen auf einer angemessenen Güterbewegung von Land zu Land beruht. Deutschland kann Zahlungen nach außen nur leisten, wenn es einen Exportüberschuß an Waren erzielt. Die Einstellung der letzten Monate hat diesen Zusammenhang mit voller Deutlichkeit festgestellt.

Große verlässliche Zahlungen können nicht in Gold geleistet werden. Für diesen anomalen Gebrauch ist nicht genug Gold da. Unter normalen internationalen Finanzverhältnissen wird Gold nur zur Begleichung wichtiger Ueberflüsse verwendet. Deutschland ist in der Goldzahlung schon so weit gegangen, als seine Gläubiger nur verlangen können. Internationale Zahlungen können durch Gelddarlehnen bei einem neuen Gläubiger zur Auszahlung eines alten geleistet werden, wenn sich ein neuer Gläubiger findet. Deutschland kann jetzt keinen neuen Gläubiger finden. Es hat sich entschlossen und zuversichtlich der letzten Möglichkeit zugewandt, der normalen, vernünftigen

Methode der Zahlung in Waren, und es hat in den letzten Monaten einen beträchtlichen Exportüberschuß erzielt. Seine Exportgelegenheiten sind jedoch neuerdings dadurch eingekürzt worden, daß mehrere Länder die Goldwährung aufgegeben haben. Die Ausfuhr nach einigen Ländern ist durch Valutarestrictionen stark eingeschränkt. Außerdem werden die Zollmauern immer höher. Die Nationen der Welt kämpfen einzeln um einen unverhältnismäßigen Anteil am schrumpfenden Weltmarkt. Bei anderer Politik könnten sie sich in einen wachsenden Weltmarkt teilen.

Der Schluß des Berichtes lautet wörtlich: In dem vorliegenden Abkommen haben die Kurzkreditgläubiger alles getan, was möglich ist, um sicherzustellen, daß die nächsten zwölf Monate Deutschland eine Zeit der Geländung bringen. Der Ausschuss hand unter dem tiefen Eindruck der sehr großen Anstrengungen und Opfer, die die deutsche Regierung und das deutsche Volk sich auferlegen, um ihre Stellung inmitten so beispielloser Schwierigkeiten zu halten.

Die deutsche Wirtschaft birgt in sich ungeheure Regenerationskräfte, die in die Erscheinung treten werden, wenn günstiger Bedingungen in der Welt eintreten. Es ist deshalb ein Gebot der Notwendigkeit, daß die Gemächnisse einer solchen Entwicklung aus dem Wege geräumt werden. Sie wird nicht einleiten ohne positiven Handeln der Regierungen und Völker in der Sphäre internationaler Zusammenarbeit, und wie beide Botschafter Ausschüsse hervorgehoben haben, darf keine Zeit verloren werden. Die gegenwärtige scharfe Krise muß allen Völkern der Welt die Tatsache nahebringen, daß alle Länder zusammen arbeiten müssen. Das Gegenteil ist in einem tieferen Sinne richtig. Alle Länder werden zusammen reich. Die Erleichterung der Lasten und eine größere Handelsfreiheit wird nicht nur ein Land, sondern alle bereichern.

Reparationskonferenz am 30. Juni?

Paris. In der gestrigen Unterredung des französischen Ministerpräsidenten und des französischen Finanzministers mit dem englischen Botschafter Lord Tyrrell berichtet der Matin, Lord Tyrrell habe Laval einen Textentwurf vorgelegt, der von dem englischen Schatzamt beauftragten Reichs-Roh ausgearbeitet worden sei. Dieser Entwurf lasse sich wie folgt zusammenfassen: Die Vertreter Großbritanniens schlagen, nachdem sie kurz an die besonderen Umstände erinnert haben, die die Berücksichtigung der Danziger Konferenz hervorgerufen hätten, den interessierten Regierungen vor, am 30. Juni mit Deutschland Verhandlungen aufzunehmen. Sie hoffen, daß bis dahin die Währungs- und Wirtschaftslage sich genügend mitteleuropä-

widelt haben werde, um nähere Verhandlungen zu erlauben.

England zahlt Kredite zurück

Paris, 26. Januar.

Wie Havas berichtet, wird die Bank von England am 1. Februar den Rest der Kredite zurückzahlen, die ihr am 1. August von der Federal Reserve Bank und der Bank von Frankreich bewilligt worden waren. Es handelt sich um zwei Kredite von je 25 Millionen Pfund Sterling. Am 1. November war bereits eine Rückzahlung von je 10 Millionen Pfund Sterling erfolgt. Durch diese Rückzahlung wird der Goldbestand der Bank von England nicht geschädigt.